



Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Individuelle Desintegrationsprozesse und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ihre Relevanz für sozialräumliche Entwicklungen

Der Beitrag ist darauf angelegt, zu Fragen der Integration bzw. Desintegration von Menschen, zum Verhältnis zwischen Gruppen und zum Zusammenleben in Sozialräumen sowohl konzeptuelle Überlegungen als auch empirische Hinweise und weiterführende Forschungsnotwendigkeiten aufzuzeigen. Letzteres insbesondere deshalb, weil wir zu zahlreichen präventions- bzw. interventionsrelevanten Fragestellungen bisher keine differenzierten Daten und damit auch keine verlässlichen Analysen haben.

Die Qualität des Zusammenlebens in gemeinsam geteilten Sozialräumen hängt nicht nur von den *strukturellen Bedingungen* und *individuellen sozialen* Lagen ab, sondern auch von der wechselseitigen Wahrnehmung jeweils anderer Gruppen und den damit verbundenen Einstellungen ihnen gegenüber. Insofern reichen weder sogenannte objektive Indikatoren noch „einseitige“ Einstellungen. Die Verbindung von objektiven mit subjektiven Daten und die Wechselseitigkeit der Wahrnehmung unterschiedlicher Gruppen verbessern die Präventions- und Interventionschancen. Je genauer die Grundlagen bekannt werden und damit auch die Einschätzung von Erfolgchancen verbessert wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für bürgerschaftliches Engagement.

Fragestellungen

Die zentrale Frage lautet: Wie ist es in dieser Gesellschaft um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugungen, sexueller Lebensstile etc. im Hinblick auf die Gleichwertigkeit und physische wie psychische Unversehrtheit bestellt?

Wir haben es mit komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung zu tun. Dies ist unstrittig. Offen ist die Frage, was das für die *Individuen* bedeutet, wie sich dies auf die *Sozialräume* auswirkt und welche Folgen es für das Zusammenleben von Menschen hat, wenn sich die Zusammensetzung der Bevölkerung ändert. In dieser Konstellation lagern drei Problemkreise, die auf mögliche negative Auswirkungen hin analysiert werden sollen.

a) Welche Desintegrationsprozesse zeigen sich in dieser Gesellschaft und wie verbinden sich individuelle Desintegrationsängste und -erfahrungen mit der Abwertung, Diskriminierung

und Gewalt, also *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, gegenüber schwachen Gruppen durch die Mehrheitsbevölkerung?

- b) Welche Probleme treten auf, wenn sich die Ängste und Erfahrungen mitsamt den feindseligen Mentalitäten sozialräumlich verdichten, also mit *Segregation* verbunden sind?
- c) Wie verändern sich die Konfliktkonstellationen, wenn sich die Größenordnungen, also die *Relationen* der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Gemeinden und Städten verschieben, also sich Mehrheits- und Minderheits*relationen* verändern?

Die Analyseanlage: das DSR-Modell und das GMF-Konzept

Die Analyse betont zwei Grundelemente:

- Erstens geht es um das DSR-Modell, das mit Hilfe *objektiver* Daten die individuelle, sozialräumliche und demografische Situation bzw. Entwicklung beleuchtet.
- Zweitens wird das GMF-Konzept eingeführt, das auf *subjektiven* Befragungsdaten der Mehrheitsbevölkerung in ihrem Verhältnis zu schwachen Gruppen im Hinblick auf Abwertung, Diskriminierung und Gewaltbereitschaft basiert.

Mit dieser Analyseanlage soll erstens die Leistungsfähigkeit der Verbindung von objektiven und subjektiven Daten nochmals betont, aber auch die Notwendigkeit der Verbesserung der Analysemöglichkeiten auf kleinräumiger Ebene hervorgehoben werden, um sowohl die wissenschaftlichen Erkenntnisse über mögliche Kontexteffekte voranzubringen als auch die Interventionsgenauigkeit in Sozialräumen zu erhöhen.

Das DSR-Modell

Dieses Konzept basiert darauf, drei Prozesse zusammenzudenken, um spezifische Probleme in dieser Gesellschaft anzugehen:

- Desintegration
- Segregation
- Relation
- Das erste Element betrifft das *Individuum* und seine Integration bzw. Desintegration. Dabei sind alle Menschen gemeint,



die in dieser Gesellschaft leben, also Alteingesessene ebenso wie Zuwanderer etc. Das Integrationsproblem ist nicht für Zuwanderer reserviert, sondern gilt – was vielfach leichtfertig und folgenreich übersehen wird – auch für Teile der Mehrheit.

- Das zweite Element betrifft den *Sozialraum*, oder, anders gesagt, die sozialräumliche Verdichtung von Problemlagen, also Segregation. Auch hier ist eine verengende Sichtweise auf Migranten zu vermeiden, wenn man die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Städten und Stadtteilen betrachtet.
- Das dritte Element betrifft die *demografische Entwicklung*, also die Verschiebung der Bevölkerungsrelationen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich sowohl auf die Verhältnisse in segregierten Sozialräumen als auch auf die Einstellungen und Verhältnisse zwischen Gruppen auswirken kann.

Das DSR-Konzept ist so komponiert, dass analytisch die Elemente getrennt und als Prozesse zusammengedacht werden müssen. Denn *Soziale Desintegration* betrifft z.B. auch Personen, die nicht in segregierten Nachbarschaften und Stadtvierteln leben. *Segregation* kann auf Stadtviertel zutreffen, in denen keine Migranten wohnen, wie z.B. in ostdeutschen Städten, also als soziale Segregation auftreten. Die Veränderung der *Bevölkerungsrelationen* muss nicht zwangsläufig mit erhöhter Desintegration einhergehen. Daher sind theoretisch und empirisch die jeweiligen negativen Folgen der Einzelelemente und in ihrer möglicherweise eskalativen Steigerung zu untersuchen, wenn mehrere Elemente zusammenkommen.

Das GMF-Konzept

Das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) ist darauf ausgerichtet, Ausmaß, Entwicklung und Ursachen von feindseligen Mentalitäten in der Mehrheitsbevölkerung gegenüber schwachen Gruppen zu untersuchen. Dazu wird ein Syndrom herangezogen, in dem Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Abwertung von Homosexuellen, Behinderten, Obdachlosen, die Reklamierung von Etabliertenvorrechten und Sexismus enthalten sind. Es geht um Abwertung, Diskriminierung und Gewaltbereitschaft gegenüber schwachen Gruppen. Das gemeinsame Grundmuster stellt die Ideologie der Ungleichwertigkeit dar.

Innerhalb des Konzeptes (vgl. Heitmeyer 2002), das auf einer zehnjährigen jährlichen Bevölkerungsbefragung (2002–2011) basiert, werden verschiedene theoretische Ansätze und Erklärungen gesucht. Ein wichtiger Ansatz ist die Desintegration, die in der folgenden Ergebnisdarstellung zusammengebracht wird.

Empirische Ergebnisse

Die drei Problembereiche sollen zunächst einzeln betrachtet und dann in ihrer Entwicklungsdynamik „zusammengedacht“ werden. Der Fokus der Analysen liegt dabei immer auf der Betrachtung

der Qualität des humanen Zusammenlebens zwischen Gruppen, also inwieweit Gleichwertigkeit und Unversehrtheit gesichert sind oder verletzt werden. Die Betrachtung dieser Problemlandschaft zeigt ein *komplexes Muster*, das sowohl differenziertes Forschungs- als auch Interventionsvorgehen erfordert. Für einige Bereiche gibt es theoretisch angeleitetes *empirisches Wissen*, für weitere mehr *Wissenslücken* und zukunftsorientiert bestenfalls plausible Vermutungen. Diese Einordnung der Probleme kann auch für die konzeptionelle Planung von vhw-Aktivitäten hilfreich sein.

Desintegration und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Theorie Sozialer Desintegration (TSD) (Anhut/Heitmeyer 2000) basiert auf der Annahme, dass zentrale Probleme der Integration für alle, also für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die in einer Gesellschaft leben, gelöst werden müssen. Wir unterscheiden drei Dimensionen:

- In der ersten Dimension geht es um den Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Bildung etc. Aus einem erfolgreichen Zugang entstehen Anerkennungspotenziale z.B. aus der beruflichen Position, die erreicht worden ist.
- Die zweite Dimension fokussiert auf den Teilnahmemöglichkeiten an der Auseinandersetzung um öffentliche Angelegenheiten und Standards des Zusammenlebens wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness. Im Gefühl, dass die eigene Stimme oder der eigenen Gruppe gehört wird, ist moralisches Anerkennungspotenzial enthalten, gewissermaßen als gleichwertiger Bürger zu gelten.
- Schließlich die dritte, die gemeinschaftliche Dimension, in der es um stabile Zugehörigkeiten zu Milieus etc. geht, um die eigene Identität. Darin sind Potenziale zur emotionalen Anerkennung enthalten.

Die These besagt nun, dass Desintegrationsängste bzw. -erfahrungen, die immer auch mit Anerkennungsverlusten und -beschädigungen verbunden sind, dazu führen, sich selbst aufzuwerten durch die Abwertung anderer, die als Konkurrenten, als Nutzlose oder „Überflüssige“ etc. gesehen werden. Desintegrationsprozesse, so zeigen die empirischen Analysen, hängen mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammen, und Panelanalysen weisen auf kausale Faktoren.

Wie zeigen sich empirische Ergebnisse im Einzelnen in den Erhebungen von 2002 bis 2006?

Unsere Analysen (vgl. Bände „Deutsche Zustände“, Folgen 1–5) zeigen, dass Desintegrationsbefürchtungen in der deutschen Bevölkerung zunehmen. Von 2002 zu 2004 ist die Erwartung, dass sich die eigene finanzielle und wirtschaftliche Situation verschlechtern wird, von fast 23,8 % auf 40,2% gestiegen. 2006 steigt sie dann noch einmal an auf 44,8%. Entsprechende Entwicklungen zeigen sich auch bei der Angst vor Arbeitslosigkeit. Sie ist von 2002 mit 23,5% auf 32% im Jahr 2006 angestiegen.



Die Erwartung eigener Arbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren lag 2006 bei 26,7%.

Dahinter liegen die eklatanten Wahrnehmungen sozialer Spaltung. Waren 2002 etwa 86% der Ansicht, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden, sind es 2006 ca. 91%. Und dass immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden, nahmen 2002 mehr als 77% wahr und 2006 mehr als 87%. Hinsichtlich der Integration in den sozial-emotionalen Nahraum zeigte sich über die Jahre hinweg von 2002 bis 2006 auf hohem Niveau (ca. 73%), dass es immer schwerer wird, echte Freunde zu finden.

Signifikant zugenommen haben somit die Desintegrationsgefahren, die sich in Angst vor Arbeitslosigkeit, Befürchtungen eines niedrigen Lebensstandards und negativen Zukunftserwartungen ausdrücken. Dies gilt ebenso für die Frage, ob man nach eigener Wahrnehmung an politischem Einfluss und an Orientierung verliert. So sind es 2002 rund 57 %, die angeben, keinen politischen Einfluss zu haben; 2006 ist dieser Anteil auf 64% gestiegen. Auch scheint eine sicherheitsverbürgende Ordnung verloren, so dass man nicht mehr weiß, wo man selber eigentlich steht (53,2% Zustimmung 2002 und 63,6% 2006). Man weiß nicht mehr, was los ist (52,2% Zustimmung 2002 und 60,7% 2006). Und: dass man – so das Gefühl – früher wusste, was man zu tun hatte (46,4% Zustimmung 2002 und 56,4% 2006). Selbst wenn dies als problematische Nostalgie erscheint, erzeugen diese subjektiven Gefühle für die Menschen ihre Realität.

Die Ängste haben inzwischen auch die Menschen in mittleren Soziallagen erreicht. Die Gefährdungen von Teilhabe, Partizipation und Zugehörigkeiten mitsamt erfahrenen oder wahrgenommenen Anerkennungsbedrohungen bilden die Grundlage zur Erklärung. Insbesondere die Anerkennungsbilanzen stellen den Kernpunkt unserer Annahme dar. Je negativer sie ausfallen, desto weniger sind Personen bereit, die Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von zahlenmäßig schwachen bzw. beschwerdearmen Gruppen zu gewährleisten. Abwertung, Ausgrenzung und diskriminierendes Verhalten dienen dann zur Demonstration scheinbarer Überlegenheit und Macht, um die eigene Integrations- und Anerkennungsbilanz zu verbessern. Wenn diese Annahmen zutreffend sind, dann müssen insbesondere in jenen sozialen Gruppen menschenfeindliche Attitüden auftreten, die desintegrationsbedroht sind.

Die empirischen Ergebnisse belegen diese Annahme sowohl für West- als auch für Ostdeutschland. Dabei zeigt sich allerdings, dass die Integrationsqualität in den neuen Bundesländern deutlich prekärer ist und z.T. dort auch höhere Abwertungstendenzen vorliegen.

Interessant wird es an dieser Stelle dann, wenn auch objektive Kontextvariablen in die Untersuchungen miteinbezogen werden. So kann mit aktuellen komplexen GMF-Analysen gezeigt werden, dass die Abwanderungsraten einen großen Teil der Varianz von individuellen Ausprägungen auf der Fremdenfeindlich-

keitsskala zwischen Ost- und Westdeutschland aufklären können. Es kann gezeigt werden, wie der positive Zusammenhang zwischen der Abwanderungsrate und der durchschnittlichen Ausprägung von GMF innerhalb eines Stadt- bzw. Landkreises durch die Senkung des durchschnittlichen Bildungsniveaus sowie den Anstieg politischer Machtlosigkeit und Mangel an sozialer Unterstützung vollständig vermittelt wird.

Je mehr also eine Region Familienwanderer, Arbeitsplatzwanderer und Ausbildungsplatzwanderer verliert, desto höher ist die durchschnittliche Ausprägung auf diesen Indikatoren im Kreis. Diese wiederum beeinflussen das Klima der Feindseligkeit, verstanden als durchschnittliche Werte der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* im Kreis, beträchtlich: je niedriger das Bildungsniveau und ausgeprägter das Desintegrationsklima, desto höher das GMF-Klima (vgl. Petzke et al. 2007). Es sind hier Bedingungen aufgezeichnet, unter denen ein kommunaler Kontext mit überdurchschnittlich hohen Ausprägungen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* entstehen kann.

Eine erste Zwischenbemerkung

Während für die Zusammenhänge und auch partiell für Kausalitäten auf der Individualebene inzwischen erhebliche Kenntnisse vorliegen, ergibt sich für die beiden weiteren Elemente des DSR-Konzeptes, also Segregation und Relationsverschiebung in Verbindung mit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, ein kompliziertes Bild mit zahlreichen Wissenslücken.

Diese Wissenslücken, die auch erhebliche Auswirkungen auf eine nachhaltige Interventionspraxis hat, beziehen sich erstens auf die Ergebnisse der Segregationsforschung in Deutschland. Die verschiedenen Bestandsaufnahmen, u.a. von Hartmut Häußermann (2007) und Schönwälder/Söhn (2007), zeigen ein äußerst unbefriedigendes Bild, so dass ständig die Debatte entlang von drei Fragen weitgehend unbeantwortet weiterläuft, d.h. wie problematisch Segregation eigentlich ist, wie intensiv sie voranschreitet und welche Effekte sie für das Zusammenleben in diesem Sozialraum hat. Die fehlenden wissenschaftlichen Aussagen, insbesondere zur dritten Frage, werden bisher zumeist mit den unzureichenden Kontextdaten in Verbindung gebracht. Insofern ist die Bereitstellung solcher kleinräumiger Daten von höchster Priorität, um zu dieser Frage der Kontexteffekte belastbare Ergebnisse zu erzielen.

Ein noch größeres Defizit betrifft das Wissen um die Verschiebung der Bevölkerungsrelationen in Städten insgesamt bzw. in segregierten Gebieten. Die demografische Forschung hat kleinräumig bisher kaum relevante Ergebnisse geliefert, schon gar nicht Aussagen zum Prozess der Verschiebung. Gerade aber diese prozessualen Ergebnisse zur Verschiebung von Mehrheits-/Minderheitsrelationen bzw. deren Umkehrung sind für die uns interessierenden Fragen der Qualität des Zusammenlebens von höchster Relevanz einschließlich der Interventionsnotwendigkeiten. Das bedeutet auf der Ebene der Bevölkerungsbefragungen ein „Umschalten“, d.h., nicht nur die autochthone Bevölkerung, sondern auch die Menschen mit Migrationshintergrund



sind auf ihre möglichen Einstellungen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* und die Wahrnehmung der autochthonen Bevölkerung insgesamt zu untersuchen (vgl. Schröder u.a. 2000).

Aus dieser wechselseitigen Wahrnehmung ergeben sich dann auch die Einschätzungen der positiven wie destruktiven Kontakte, Konfliktpotenziale etc. Die unbefriedigende Situation sowohl für Wissenschaft wie Interventionspraxis hat also mehrere Gründe, die sowohl in dem Zustand der objektiven Daten verarbeitenden Segregationsforschung liegen als auch in der notwendigen Perspektivenausweitung im Bereich der individuellen Befragungsforschung.

Gibt es eine Verdichtung der Problemlagen durch Segregation in veränderten Bevölkerungsrelationen?

Es deutet vieles darauf hin, dass *Segregation* zukünftig im Zusammenhang mit *Desintegration* und *Relationsverschiebungen* mehr denn je ein zentraler Fokus der Stadtentwicklung sein wird. Dies zeigt ein Blick auf die drei genannten Integrationsdimensionen:

Erstens schreitet die Deindustrialisierung voran. Das bedeutet u.a. den Verlust niedrig qualifizierter Arbeitsplätze. Damit ist die *systemische Integration* einer wachsenden Zahl von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gefährdet. Dies befördert eine zunehmende Segregation, also eine räumliche Aufteilung der Bevölkerung und damit auch Abgrenzung zwischen ihnen. Daher vermutet Hartmut Häußermann, dass die Stadtentwicklung insofern auf dem Weg ins 19. Jahrhundert ist. Dabei ist auffallend, dass sich kaum jemand ernsthaft damit beschäftigt, welche Rolle die sogenannten „besseren Stadtteile“ dabei spielen, da in ihnen das größte Kapital in finanzieller wie sozialer Hinsicht und damit auch in Form politischer (Deutungs-)Macht versammelt ist.

Zweitens stellt bekanntlich die *politische Partizipation* für Menschen mit Migrationshintergrund ein Problem dar. Sie sind als Individuen politisch nicht repräsentiert. Hinzu kommt, dass dort, wo die meisten Ausländer in den Städten wohnen, heute auch die meisten armen Leute und die meisten armen Kinder (Strohmeier 2006) leben. Dies führt auch bei den Menschen mit Migrationshintergrund zu einem Rückgang politischer Partizipation, was schließlich eine mangelhafte politische Repräsentanz des Stadtteils in der Stadtgesellschaft mit sich bringt.

In der dritten Dimension findet sich die *gemeinschaftliche Integration* in Familien bzw. die Anerkennung der je eigenen Gemeinschaft durch andere, seien dies religiöse oder ethnische. Auch hier gibt es Problementwicklungen, die sich sozialräumlich verdichten. Der Verlust an integrierten Gruppen wie Familien, Erwerbstätigen, Qualifizierten verringert die soziale Stabilität im Quartier. Ebenso werden durch geballte Arbeitslosigkeit die Netzwerke enger, homogener und verändern die Qualität. Lose geknüpft Netzwerke, die aber sozial heterogen sind, sind pro-

duktiver als eben diese homogenen Netzwerke (Häußermann ebd.), die sich zudem – und das hat Folgen für das Zusammenleben zwischen Migranten und Nicht-Migranten – häufig in ihren Urteilen wechselseitig bestärken und damit u.U. auch in ihren Vorurteilen bestätigen.

In allen diesen Facetten kann es sowohl zu Anerkennungsverlusten von Personen wie des Sozialraumes kommen, in denen diese Personen dann leben oder leben müssen. Die prekären oder fehlenden positionalen, moralischen und emotionalen Anerkennungen können sich zu sozialräumlichen Stigmatisierungen verdichten, die kollektiv dann auch noch durch „negative Klassifikationen“ (Neckel u.a. 2003, 109 ff.) z.B. aus der Sicht „besserer“ Wohnviertel verfestigt werden.

Ein Blickwechsel auf veränderte Bevölkerungsrelationen in Sozialräumen, d.h. dass die ehemalige Minderheit zur Mehrheit wird, ist unter bestimmten Bedingungen äußerst konfliktaltig, wenn z.B. die generalisierte Abwertung der Religion, in diesem Fall des Islams, verbunden ist mit erfahrenen gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen: „Je ausschließlicher eine Gruppe von spezifischem Kapital abhängt (also der Religion, W.H.) und je mehr sie sich Chancen auf einen Erfolg des Konfliktes (also durch ‚neue‘ Mehrheit, etwa beim Bau von Moscheen, W.H.) ausrechnen kann, umso stärker ist das Motiv für den Konflikt“ (Esser 1996, 94).

Diese Probleme existieren umso mehr, je stärker einerseits eine Selbstethnisierung von Migranten ausfällt (vgl. Schröder u.a. 2000, 188) und sich andererseits Anpassung wie Anerkennungsforderungen gegenüberstehen (ebd., 134). Die neue Auswertung der ZUMA-Studie mit Daten von 1980 bis 2006 (Terwey/Scheuer 2007) zeigt auf deutlich angestiegene Anpassungsforderungen an Zuwanderer. Auf der anderen Seite zeigt eine andere Studie aus dem GMF-Projekt, dass die Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsgesellschaft zu sinken scheint (Zick/Küpper 2007).

Eine zweite Zwischenbemerkung: zu differenzierten DSR-Konstruktionen

Eine komplexe Konzeption für weiterführende wissenschaftliche Analysen und praktische Interventionen muss im Hinblick auf die DSR-Konzeption regionale Differenzierungen einbeziehen. Im Hinblick auf *Desintegration* gilt ein gesamtdeutscher Blick mit besonderer Betonung Ostdeutschlands und den dortigen ländlichen Regionen. Bei der *Segregation* gilt die Differenzierung sozialer Segregation in Ostdeutschland einerseits und sozialer, ethnischer (Strohmeier 2006) und demografischer Segregation in großen Städten Westdeutschlands andererseits. Schließlich drittens die *Relation*. Dies betrifft die ethnischen Verschiebungen in westdeutschen städtischen Kontexten.

Dementsprechend sind auch differenzierte Folgen im Hinblick auf die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* sowohl von Bevölkerungsteilen mit als auch ohne Migrationshintergrund einzubeziehen.



Was tun?

Neue wissenschaftliche Initiativen: zur Notwendigkeit von *Lokalanalysen* als Basis für sozialräumliche Interventionspraxis

Die bisherige Argumentation basiert darauf, dass es differenzierte Sozialräume gibt, die in ihrer Qualität des Zusammenlebens nicht über objektive Strukturdaten allein, also Raum- und Bevölkerungsdaten, angemessen erfasst werden können, sondern im Zusammenspiel mit subjektiven Interpretationen und Einstellungen der Bewohnerschaft. Zugleich ist evident, dass Forschungen, die mit repräsentativen Surveydaten operieren, differenzierte und interventionsnahe Ergebnisse nicht erzeugen können. Auch ein Versuch mit dem GMF-Survey 2007 zum Wohnumfeld und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist fehlgeschlagen.

Daraus ist die Konsequenz zu ziehen, zunächst über Modelltypen von Sozialräumen in Gemeinden, Kleinstädten und Stadtteilen in Großstädten über Lokalanalysen mit den zur Verfügung stehenden kleinräumigen Strukturdaten die Qualität des Zusammenlebens und die Chancen auf Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements für dieses Zusammenleben auszuleuchten, um damit Themen wie z.B. das Ausmaß von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* auf die Agenda des eigenen Sozialraumes heben zu können.

Anerkennungskultur und bürgerschaftliches Engagement im eigenen Stadtteil

Wenn die empirischen Ergebnisse zur Desintegration und zu den damit zusammenhängenden Anerkennungsdefiziten zutreffen, die mit den beschriebenen feindseligen Mentalitäten zusammenhängen, ergeben sich deutliche Aktivitätsrichtungen, aber auch Schwierigkeiten. Denn für einen Teil der Bevölkerung, sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund, „funktionieren“ die traditionellen Integrationsmechanismen über Zugänge zum Arbeitsmarkt, politische Partizipation und stabile Zugehörigkeiten nicht mehr bzw. nicht auf Dauer. Daraus resultiert die Frage nach neuen Integrations- und damit Anerkennungspotenzialen.

Die Ideen zu einer neuen Kultur der Anerkennung sind knapp. Ist bürgerschaftliches Engagement eine solche Ressource, d.h. dass Einsatz für das Gemeinwesen, für Vereine im Stadtteil etc. dann Anerkennung generiert und die individuelle Anerkennungsbilanz aufbessert und zugleich die Kohäsion im Sozialraum stärkt?

Sozialräumlich angelegte Analysen zum bürgerschaftlichen Engagement insbesondere in sogenannten belasteten bi- oder multiethnischen Stadtteilen stimmen skeptisch. Zumal da die politische Partizipation von Zugewanderten institutionell immer noch nicht vorgesehen ist und so bei der laufenden Relationsverschiebung zukünftig ganze Stadtteile kommunalpolitisch nicht mehr repräsentiert sein könnten.

Die Analysen aus unserem Bielefelder DFG-Projekt zu den problembelasteten Stadtteilen Duisburg-Marxloh, Frankfurt-Gallusviertel und Halle-Silberhöhe zeigen, dass Stadtteilbewohner mit hohem Bildungsabschluss und ohne Migrationshintergrund sich selbst als politisch wirksam und politisch integrierter einschätzen, als dies bei Viertelbewohnern mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau sowie Migrationshintergrund der Fall ist (Marth/v.d. Wetering 2007). Die Aufnahme bürgerschaftlichen Engagements im eigenen Sozialraum hängt maßgeblich von der eigenen Selbstwirksamkeit und der politischen Integration ab. Es stellt sich heraus, dass Stadtteilbewohner, die sich selbst als politisch desintegriert einschätzen gegenüber Personen, die sich politisch integriert fühlen, eine 58-prozentig geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, bürgerschaftliches Engagement auszuüben.

Trotz dieser Ergebnisse wird bürgerschaftliches Engagement in der Regel positiv konnotiert. Vielfach bleibt aber auch die qualitative „Nachfrage“ aus: Engagement wofür? Dient es dem humanen Zusammenleben – oder werden Abwertungen, Ausgrenzungen und Diskriminierungen trotz – oder gerade deswegen möglich? So wird berichtet, dass inzwischen „verkleidete“ Rechtsextreme aus den sogenannten Kameradschaften das bürgerschaftliche Engagement im Wohnort oder Stadtteil entdeckt haben, dadurch in das kommunale Leben einsickern, um auf subtile Weise auch Positionen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zu verbreiten. Insofern ist es immer auch notwendig, vor Ort, lokal präzise zu wissen, welche Mentalitäten in Vereinen, Clubs, Kirchen etc. des jeweiligen Sozialraumes existieren.

Fazit und Ausblick

Es bedarf deutlich mehr theoretisch angeleiteter empirischer Analysen, die erstens repräsentative Analysen mit Lokalstudien verbinden. Zweitens sind objektive Strukturdaten zum Raum und zur Bewohnerschaft mit subjektiven Befragungsdaten zu verbinden. Drittens sind Segregationsuntersuchungen und die Verschiebungen der Bevölkerungsrelationen im Zusammenhang mit der Qualität des Zusammenlebens zu verstärken, in denen auch die wechselseitigen Wahrnehmungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die zentrale Rolle spielen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet ihren konkreten Ausdruck im eigenen Sozialraum von Gemeinden, Städten und Stadtvierteln. Ein Agieren dagegen hängt vom Wissen um die Ursachen ab. Eine „reflexive Stadtgesellschaft“, die in der Lage ist, über den eigenen Zustand nachzudenken, kann einen enormen Beitrag leisten, um problematischen Entwicklungen zumindest entgegenzuwirken.

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld



Quellen:

Anhut, R./Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationspraxis und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim-München, 17–76.

Endrikat, K./Schaefer, D./Mansel, J./Heitmeyer, W. (2002): Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt, 37–59.

Esser, H. (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital. In: Heitmeyer, W./Dollase, R. (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Frankfurt, 64–99.

Häußermann, H. (2007): Ethnische Segregation und Integration – eine Bilanzierung der bisherigen Forschung. Unveröffentlichtes Manuskript. Humboldt Universität Berlin.

Heitmeyer, W. (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste Empirische Ergebnisse. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt, 15–37.

Marth, J./van de Wetering, D. (2007): Desintegration und bürgerschaftliches Engagement. Unveröffentlichtes IKG-Arbeitspapier des DFG-Projektes „Öffentliche Gewalt im Stadtquartier“. Universität Bielefeld.

Petzke, M. et al. (2007): Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt, 52–76.

Schönewälder, K./Söhn, I. (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.), Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt, 73–91.

Schröder, H. u.a. (2000): Ursachen interethnischer Konfliktpotentiale. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung von deutscher Mehrheitsbevölkerung und türkischer Minderheit. In: Heitmeyer/Anhut (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim/München, 101–198.

Strohmeier, K.P. (2006): Segregation in den Städten. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Terwey, M./Scheuer, A. (2007): Etwas mehr Anpassung gewünscht. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren. Ausgabe 38, 12–14.

Zick, A./Küpper, B. (2007): Nachlassende Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsbevölkerung. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt, 150–168.

Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Integration – neue Herausforderungen zu einem alten Thema

Dass Deutschland Zuwanderung braucht, das scheint eine allgemein verbreitete Einschätzung unter den Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu sein. Hierfür sprechen demografische Gründe (Überalterung und Unterjüngung) sowie sozialpolitische (Generationenvertrag, Rentensystem) und wirtschaftliche Notwendigkeiten (bestimmte Qualifikationsbereiche). Zudem, wird betont, haben die Gesellschaften Mitteleuropas immer von der Zuwanderung profitiert, denn mit den Wandernden wurden Informationen, neue Techniken und Technologien, Sprache, Religion und sonstige kulturelle Fähigkeiten vermittelt. Diese positiven Einschätzungen basieren vor allem auf den Fremden, die heute kommen und morgen wieder gehen. Was ist jedoch mit denen, die heute kommen und morgen bleiben (wollen)?

Städte schließlich – so die vertrauten Sonntagsreden – hätten immer von der Zuwanderung profitiert. Die Zuwanderung sei nämlich die Grundlage für das Wachstum und die ökonomische Bedeutung der (industriellen) Stadt, die sich immer wieder als „Integrationsmaschine“ gezeigt habe. Wenn jetzt jedoch von skeptischen Stadtforschern befürchtet werde, dass die „Integrationsmaschine“ ins Stottern gekommen oder gar ausgefallen

sei (vgl. Heitmeyer 1998), dann werden erste Brüche deutlich. Parallel zu den Sonntagsreden der Politiker beschließen demokratische Gremien eine zunehmende Abschottung gegen „die Fremden“; es wird kontrolliert, wer wie lange kommen und bleiben, wer sich im Arbeits- und Wohnungsmarkt wie bewegen darf, und schließlich wird an den Bildern über „die guten und die schlechten Ausländer“ in kräftigen Farben gemalt.

Migration und Integration – zwei ungelöste Herausforderungen

Die einleitend skizzierte Paradoxie hat ganz banale Gründe: Fremde haben kein oder allenfalls ein eingeschränktes Wahlrecht¹, sind also für demokratische Mehrheiten nur marginal bedeutsam. Das liegt vor allen daran, dass viele Politiker das Wahlrecht für Fremde nur dann befürworten, wenn die eigene Partei davon profitieren kann. Sie beurteilen dieses weniger danach, ob die Menschen mit Zuwanderungshintergrund ohne deutsche Staatsbürgerschaft auf diese Weise besser integriert

¹ Selbst EU-Bürger haben eingeschränkte Wahlrechte: Sie haben ein kommunales Wahlrecht am Ort des Hauptwohnsitzes, auf Länderebene haben sie kein Wahlrecht; die Wahl zu den nationalen Parlamenten wird von der Staatsbürgerschaft bestimmt, während die EU-Vertreter-Wahl sich wiederum nach dem Wohnort richtet.